



## Soziale Gerechtigkeit braucht eine starke Linke

Am 29. März finden die kantonalen Wahlen statt. Gerade angesichts der heutigen Weltlage, geprägt von geopolitischen Spannungen, der Klimakrise und wachsender sozialer Ungleichheit, braucht es auf allen Ebenen eine starke Linke, die den Menschen ins Zentrum stellt. Zusammen wollen wir uns im Kanton Bern für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und eine nachhaltige Politik einsetzen.

Die internationale Lage zeigt, wie fragil Frieden, Demokratie und Menschenrechte sind. Auch in der Schweiz und im Kanton Bern sind die Herausforderungen gross: Viele Menschen stehen unter Druck durch steigende Mieten und Krankenkassenprämien, durch eine spürbar abnehmende Kaufkraft. Gleichzeitig trifft die Klimakrise die gesamte Gesellschaft. Während wirtschaftlich einflussreiche Akteure ihren Einfluss weiter ausbauen, geraten breite Teile der Bevölkerung zunehmend ins Hintertreffen.

Im Kanton Bern zeigt sich auch besonders deutlich, weshalb eine starke SP notwendig ist. Seit Jahren prägt die bürgerliche Mehrheit die Politik: Sie setzt auf Sparprogramme, Steuererleichterungen für Unternehmen und Einschränkungen bei sozialen Investitionen. Die Konsequenzen spüren Familien, Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen sowie der öffentliche Dienst. Das muss sich endlich ändern!

### Investitionen statt Abbau

Wir wollen den Kanton nachhaltig, sozial, gerecht und zukunftsfähig gestalten. Das bedeutet Investitionen in starke öffentliche

Schulen statt Abbauprogramme, faire Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich, bezahlbare Kinderbetreuung und eine aktive Wohnbaupolitik gegen steigende Mieten sowie einen flächendeckenden öffentlichen Verkehr statt weiterem Ausbau von Autobahnen.

Gerade im ländlich geprägten Teil des Kantons zeigt sich, wie wichtig staatliche Investitionen sind. Wenn Poststellen, Bahnhöfe oder Spitalstandorte unter Spardruck geraten, leidet die Lebensqualität. Die SP Kanton Bern wehrt sich gegen diesen schleichenden Abbau des Service public und kämpft für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land. Wir wollen eine Politik, die nicht nur wirtschaftliche Kennzahlen, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt berücksichtigt.

Für gesellschaftlichen Zusammenhalt braucht es auch endlich echte Gleichstellung. Wir wollen einen Kanton Bern, in welchem alle unabhängig von Geschlecht und Sexualität die gleichen Rechte und Chancen haben. Heute lastet unbezahlte Care-Arbeit weiterhin mehrheitlich auf den Schultern der Frauen, während Väter sich mit zwei Wochen

Vaterschaftsurlaub begnügen müssen. Angebote für Opfer häuslicher Gewalt werden abgebaut und dem Spardruck ausgesetzt, ebenso wie Geburtseinrichtungen in ländlichen Regionen – diese Politik gefährdet Leben!

### Eine gerechte Zukunft braucht Engagement

Eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit ist der Klimaschutz. Der Kanton Bern verfügt über grosses Potenzial bei erneuerbaren Energien und nachhaltiger Mobilität. Angesichts von Rekorddürren, Überschwemmungen und Hitzesommern ist überdeutlich, dass Zuwarten längst keine Option mehr ist. Wir fordern Massnahmen, die sozialverträglich umgesetzt werden, damit der Klimaschutz nicht zur Belastung für Haushalte mit kleinem Budget wird, sondern als Chance für Innovation, Arbeitsplätze und regionale Entwicklung genutzt werden kann.

Als SP sind wir der klare Gegenpol zur rechten Abbaupolitik. Bei den kantonalen Wahlen entscheiden wir, in welchem Kanton Bern wir leben wollen: einem Kanton, der auf Abbaupolitik und Privilegien für wenige setzt, oder einem Kanton, in dem wir Verantwortung füreinander übernehmen, uns für faire Steuern, starke öffentliche Leistungen und echte Chancengleichheit für alle einsetzen.

Für die SP Kanton Bern ist klar: Eine gerechte Zukunft entsteht nicht von selbst. Sie braucht politisches Engagement – und eine starke linke Stimme an der Urne. Darum gilt: Am 29. März SP wählen!



Am 3. März wurde der Berner Rathausplatz zum Schauplatz feministischer und sozialer Solidarität. Hunderte Menschen folgten dem Aufruf der SP, der Grünen, verschiedener Gewerkschaften und feministischer Organisationen, um gegen patriarchale Gewalt und die ungenügende Opferhilfestrategie des SVP-Regierungsrats Pierre Alain Schnegg zu protestieren.

Die Zahlen sind alarmierend: Über 1900 Fälle häuslicher Gewalt im Kanton Bern allein im Jahr 2024, 29 Femizide in der Schweiz im letzten Jahr. Das kann niemand schönreden. Gewalt gegen Frauen, gegen queere Menschen, gegen Kinder ist keine private Angelegenheit. Sie ist Ausdruck von Machtverhältnissen, wirtschaftlicher Abhängigkeit und ungleicher Chancenverteilung. Die neue Opferhilfestrategie des Kantons Bern möchte nun aber vor allem verwalten statt ausbauen. Unter dem Schlagwort «Optimierung» setzt Regierungsrat Schnegg auf Fusionen von Trägerschaften, verschlankte Strukturen und Synergien – aber nirgends ist verbindlich festgehalten, dass Frauenhäuser, Beratungsstellen und Fachangebote im gleichen Mass wachsen sollen wie die Fallzahlen häuslicher und sexualisierter Gewalt. Während sich die Zahl der Ratsuchenden innert kurzer Zeit

Vanessa Bieri und  
Clara Wyss, Co-Präsidium  
SP Frauen Kanton Bern

verdoppelt hat und Frauenhäuser regelmässig an der Kapazitätsgrenze arbeiten, hält der Kanton an Kostenneutralität fest – mit der Folge, dass die Opferhilfe auf einem zu tiefen Niveau stabilisiert wird, statt bedarfsgerecht ausgebaut zu werden.

### **Kosteneffizienz im Opferschutz gefährdet Leben**

Aus unserer Sicht ist das ein Rückschritt, der Fachlichkeit und Kontinuität in einem entscheidenden Moment untergräbt und den Anforderungen der Istanbul-Konvention an professionelle, spezialisierte Unterstützungsdienste widerspricht. Gerade in einer Zeit, in der Gewaltbetroffene vermehrt Hilfe suchen und die Hemmschwelle sinkt, Anzeige zu erstatten, braucht es mehr geschützte Plätze und mehr Fachpersonal.

Das wurde auch an der Kundgebung klar. Unsere Nationalrätin Tamara Funciello griff die Sparlogik

des Kantons direkt an und erinnerte daran, dass es nicht das erste Mal sei, dass Betroffene von patriarchaler Gewalt auf einem Platz stehen müssen, um Selbstverständliches einzufordern: Leben. Auch die Grünen-Grossrätin Seraina Patzen kritisierte die Strategie von Regierungsrat Schnegg als neoliberales Projekt und machte klar, dass Kosteneffizienz im Opferschutz Menschen konkret gefährdet. Julia Meier von der Opferhilfeorganisation Brava ergänzte mit Einblicken in die Praxis, wie existenziell Beratungsplätze sind. Den Abschluss machte Jen Buchli von Campax mit einer starken Rede, die unterstrich, wie wichtig unser Zusammenhalt in diesem Kampf ist.

### **Gemeinsam sind wir stark**

Es geht, wie die Kundgebung einmal mehr zeigte, um nicht weniger als das Leben von Frauen, queeren Personen und Kindern. Dass SVP-Regierungsrat Schnegg nicht bereit ist, Geld in die Prävention zu stecken, zeigt sinnbildlich, welche Prioritäten die Bürgerlichen setzen. Die Solidarität der vielen Anwesenden gab aber unglaublich Mut und Hoffnung, dass wir gemeinsam etwas verändern können.

Offener Brief zuhanden des Regierungsrates, der Grossrät:innen und des Stimmvolks des Kantons Bern

## Ein selbstbestimmtes Gesundheitssystem für alle!

Seit mehreren Jahren versuchen Politiker:innen aus den Reihen verschiedener Parteien die Zugänge für trans Menschen im Gesundheitssystem einzuschränken, angefangen bei der fehlenden Finanzierung nötiger Betreuungsangebote bis hin zu Forderungen nach Verboten für wissenschaftlich fundierte medizinische Angebote. Auch im Kanton Bern werden solche Forderungen immer wieder gestellt: Letzten Sommer unterstützte Regierungsrat Schnegg die Forderung nach einem Verbot von geschlechtsangleichenden Massnahmen für trans Jugendliche und im Januar äusserte sich Regierungsrat Müller in einem Interview erneut abschätzig über Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit. Der Grosse Rat hat im Dezember 2023 zwar in einer Motion mehr Mittel für Betreuungsangebote für trans Kinder und Jugendliche gesprochen, dabei hat eine rechte Mehrheit aber ebenfalls einem Verbot von geschlechtsangleichenden Massnahmen zugestimmt. Statt faktenorientierte Politik zu betreiben, die nötigen Betreuungsangebote für trans Personen und ihre Angehörigen zur Verfügung zu stellen und mit Fachpersonen und Vereinen konstruktiv zusammenzuarbeiten, herrscht in der Berner Politik Polemik und Populismus vor. Dies muss sich ändern! Wir fordern deshalb:

### **Ein Gesundheitssystem mit dem Grundsatz der Selbstbestimmung über den eigenen Körper – statt Fremdbestimmung und Verboten!**

Um das Recht, selbstbestimmt über den eigenen Körper zu bestimmen, kämpfen trans Personen und viele mehr seit Jahrzehnten. Verbote und Einschränkungen sind ein Eingriff in diese fundamentalen Rechte. Statt pragmatische und zielführende Lösungen zu finden, fördern sie Stigmatisierung und schaden der Gesundheit aller.

### **Eine wissenschaftsbasierte Herangehensweise – statt einer populistischen Stimmungsmache.**

Zahlreiche Fachpersonen aus Medizin, Sozialarbeit und Vereinen forschen und arbeiten eng miteinander und mit trans Personen zusammen, um zugängliche Ange-

bote zu schaffen, die Sorgen und Bedenken aller Beteiligten ernst nehmen. Diese Prozesse müssen unterstützt werden: Fördern wir Forschung und Angebote im Kanton Bern!

### **Ein Gesundheitssystem, welches die Grundversorgung für trans Personen sicherstellt und spezialisierte Angebote fördert!**

Aktuelle Angebote für trans Personen stehen nicht nur wegen politischen Eingriffen unter Beschuss. Fehlende Finanzierung und Ausbildungsmöglichkeiten gefährden ihre Zukunft. Der Kanton Bern muss hier zusammen mit allen beteiligten Akteur:innen konstruktive Lösungen suchen, um die bestehenden Angebote zu erhalten und gezielt weiterzuentwickeln.

### **Ein Gesundheitssystem, das die Menschen und ihre Anliegen ernst nimmt, ist kein Luxus, sondern Grundversorgung.**

Fehlende Selbstbestimmung im Gesundheitssystem betrifft bei weitem nicht nur trans Personen: Die hohen Prämien und fehlende Kostenübernahmen durch Krankenkassen erschweren zahlreichen Menschen den Zugang zu medizinischen Massnahmen und hindern sie daran selbstbestimmt über ihren Körper bestimmen zu können. Selbstbestimmung als Grundsatz des Gesundheitssystems bedeutet deshalb grundsätzlich Hürden abzubauen und damit Zugänge zu erleichtern.

Aktuell sorgen weder der Regierungsrat noch der Grosse Rat des Kantons Bern für ein gerechtes und zugängliches Gesundheitssystem. Die Stimmbevölkerung des Kantons Bern hat am 29. März die Möglichkeit daran etwas zu ändern!

Verfasser:innen:  
Jo Nogueira de Sá (Keine/They)  
Frédéric Mader (Keine/They)

Dieser offene Brief wird unterstützt durch die SP Kanton Bern

## Agenda

SP Kanton Bern

### Vorstandskonferenzen

#### Donnerstag, 18. Juni

19 – 21 Uhr, RV Bern-Mittelland  
Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Bern,  
Tagungsraum im 2. Stock

#### Freitag, 19. Juni

19 – 21 Uhr, RV Biel-Seeland  
Hotel Weisses Kreuz (weisser Saal),  
Marktplatz 15, Lyss

#### Donnerstag, 25. Juni

19 – 21 Uhr, PS Grand Chasseral et du PSR  
Farelhaus, Oberer Quai 12, Biel-Bienne,  
Sitzungszimmer

#### Mittwoch, 12. August

19 – 21 Uhr, RV Thun & RV Oberland  
Belvédère Strandhotel,  
Schachenstrasse 39, Spiez

#### Donnerstag, 13. August

19 – 21 Uhr, RV Emmental & RV Oberaargau  
Hotel Berchtold, Bahnhofstrasse 90, Burgdorf,  
Raum Freiburg/Murten

Die Einladungen werden einen Monat  
vor dem Anlass verschickt.

### Parteitage 2026

#### Samstag, 9. Mai

10.15 – 14 Uhr in Lyss  
Antragsfrist für Berechtigte:  
18. April 2026

#### Mittwoch, 26. August

19.15 – 21.30 in Bern  
Antragsfrist für Berechtigte:  
12. August 2026

#### Mittwoch, 28. Oktober

19.15 – 21.30 in Bern  
Antragsfrist für Berechtigte:  
7. Oktober 2026

## Zäme witercho

Regierungsratswahlen  
29.3.2026

SP



## Rot-Grün macht den Unterschied

Ende März stehen im Kanton Bern, wie alle vier Jahre, Wahlen an. Es gilt, Regierung und Parlament neu zu bestellen. Bei so vielen Kandidierenden besteht leicht die Gefahr, den Überblick zu verlieren. Aber eigentlich ist es ganz einfach: bei den Grossratswahlen eine der SP-Listen wählen oder selbst eine Liste mit SP-Kandidatinnen und -Kandidaten zusammenstellen. Bei den Regierungsratswahlen ist es entscheidend, nur die rot-grüne 4er-Liste einzuwerfen oder selbst eine Liste mit den rot-grünen Kandidatinnen und Kandidaten zu erstellen. So ist die Chance am grössten, dass wir im Kanton Bern wieder eine soziale Politik machen können, eine Politik, die sich am Menschen orientiert. Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die sich für einen sozialen Kanton Bern engagieren. Und da macht Rot-Grün den Unterschied! Von 2006 bis 2016 hatten wir im Kanton Bern eine rot-grüne Mehrheit im Regierungsrat. Ich durfte Teil davon sein. Vorher und nachher war in der Regierung eine bürgerliche Mehrheit. Ich habe den Unterschied erlebt. Mit den bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen haben wir immer gut zusammengearbeitet. Aber in der politischen Stossrichtung war und ist es wichtig, wer die Mehrheit hat. Diese kann die Politik nachhaltig prägen. So konnten wir mit der rot-grünen Mehrheit einige wichtige zukunftsweisende Entscheide treffen: in der Energiepolitik ein wegweisendes Energiegesetz, in der Klimapolitik, in der Umweltpolitik, beim ÖV oder der Infrastruktur. Klar, die Regierung kann nicht alleine entscheiden, der Grosse Rat hat ein wichtiges Wort mitzureden. Deshalb sollte unsere Partei auch im Grossen Rat stark vertreten sein. Gehen wir alle wählen und machen so den Unterschied!

Barbara Egger